

QUARTALSBERICHT

Projektland: Albanien

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. POLITISCHE KRISE IN ALBANIEN DAUERT AN
2. KORRUPTIONSVORWÜRFE GEGEN ILIR META
3. PROTESTE AM 21. JANUAR 2011
4. DIE ERMITTLUNGEN DER STAATSANWALTSCHAFT UND DER POLITISCHE EINGRIFF
5. DIE GESPANNTE INNENPOLITISCHE SITUATION UND DIE KOMMENDEN KOMMUNALWAHLEN

INNENPOLITIK

Die politische Krise in Albanien hält seit den letzten Parlamentswahlen im Juni 2009 weiterhin an. Daraus ging die Demokratische Partei (PD) vom Ministerpräsidenten **Sali Berisha** als Sieger hervor. Die sozialistische Opposition wirft kontinuierlich der Mitte-Rechts Regierung Manipulation der Wahlergebnisse vor. Sie fordert Neuwahlen und daher blockiert sie die Reformen. Aus Protest gegen diese umstrittenen Parlamentswahlen boykottierte die Opposition zunächst die Sitzungen des Parlaments und später beteiligte sie sich nicht an den Abstimmungen im Parlament. Die politische Krise ist im Januar 2011 erneut eskaliert. Ursache dafür war die Veröffentlichung in den albanischen Medien eines Videos, heimlich aufgenommen von dem ehemaligen Wirtschaftsminister **Dritan Prifti**, in dem **Ilir Meta**, dem stellvertretenden Regierungschef gleichzeitig Vorsitzenden der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI), Korruption und Manipulation einer öffentlichen Ausschreibung vorgeworfen wird. Nach einer heftigen, langen Debatte und nach scharfen, zunehmenden Vorwürfen trat **Meta** zurück. Die albanische Opposition führte vor dem Regierungsgebäude eine Demonstration durch, wobei sie den Rücktritt des Regierungschefs **Berisha** forderte. Bei der Demonstration kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Polizei, wobei es vier Tote und zahlreiche Verletzte gab. Aufgrund der gravierenden politischen Situation führten Druck und Gewalt dazu, dass die Situation außer Kontrolle geraten könnte.

Die Regierung und der Ministerpräsident **Berisha** warfen der Opposition vor, einen Staatsstreich versucht zu haben. Die Demonstranten hätten gezielt die Polizei provoziert und versucht, das Regierungsgebäude zu besetzen. Die sozialistische Opposition machte Mordvorwürfe gegen die Regierung und forderte weiterhin ihren Rücktritt und Neuwahlen um

die innenpolitische Lage zu entspannen. Die Abgeordneten der Mehrheit haben einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung von Putschereignissen eingesetzt, obwohl die albanische Staatsanwaltschaft schon Ermittlungen dazu angestellt hatte. Nach den ersten Aussagen der Staatsanwaltschaft, wonach von dem Gelände des Regierungssitzes auf die Demonstranten geschossen worden sei und die Erschossenen sich außerhalb des Geländes des Regierungssitzes aufgehalten hätten, wurde diese von der Regierung beschuldigt, in den Putsch involviert zu sein. Die Regierung warf ebenso dem Präsidenten **Topi** sowie dem Leiter des Nachrichtendienstes, **Bahri Shaqiri**, Putschversuch vor. Bei diesem eskalierenden politischen Klima drohte Albanien ein institutioneller Kollaps. Der Untersuchungsausschuss forderte diese drei Amtsträger zur Aussage auf. Diese Aufforderung wurde aber vom Präsidenten **Topi** als verfassungswidrig abgelehnt.

Durch eine rasche Vermittlung ist es der Europäischen Union und dem US-State Department gelungen die Situation zu beruhigen, obwohl es nicht einfach war. Tirana verwandelte sich so in eine politische Arena der ausländischen Diplomaten.

Die EU beauftragte **Miroslav Lajcak** als Verhandlungspartner zur Erreichung eines Kompromisses zwischen den beiden Parteien, während das US-State Department **Thomas M. Countryman** und den stellvertretenden Staatssekretär **James Steinberg** entsandte.

Die angekündigten Protestaktionen, die neue Eskalationen auslösen könnten, wurden abgesagt und die Opposition wurde überzeugt auf ihre Forderung nach Neuwahlen zu verzichten.

Im Allgemeinen ist das albanische Parlament immer noch gelähmt. Die Abwesenheit der Oppositionsabgeordneten in den Abstimmungssitzungen macht die Einleitung von gesetzlichen Reformen unmöglich.

Obwohl es bei den letzten Wahlen von der OSZE empfohlen wurde, das Wahlgesetz zu verbessern, wurde keine Initiative ergriffen, das zu ändern und so verfährt man bei den anstehenden Kommunalwahlen am 08. Mai nach wie vor nach dem alten Wahlgesetz. Eine Reihe von notwendigen Gesetzesentwürfen für die Justizreform, wie z.B. die Errichtung eines Verwaltungsgerichts, zu deren Bewilligung 2/3 der Parlamentsstimmen erforderlich ist, bleiben unerörtert.

Die Veröffentlichung des Videos **Meta-Prifti** und die Korruptionsvorwürfe gegen **Meta** haben die sozialistische Opposition ermutigt und dieses politische Moment könnte wirklich die Mehrheit im Parlament in Frage stellen. Bisher gibt es keinen Stimmenverlust von der Regierungspartei (PD) trotz der Vorwürfe gegen den Präsidenten **Topi**, der in der PD Parlamentsfraktion 7-8 Anhänger hat, die ihn stark unterstützen. Die Entfernung des LSI- Abgeordneten **Prifti** von seiner Partei, die momentan von vier Abgeordneten vertreten wird, hatte Konsequenzen für die Abgeordnetenanzahl der Regierungspartei, die 73 betrug. Unter diesen Umständen hat Ministerpräsident **Berisha** eine Vereinbarung zur Koalition mit der PDIU, die sog. Tschamen-Partei, die von zwei Abgeordneten vertreten ist, geschlossen. Somit konnte er die Anzahl seiner Abgeordneten erhöhen. Gleichzeitig hat Ministerpräsident **Berisha**

auch mit LZHK, Bewegung für Nationale Entwicklung, eine rechte Partei, geführt von **Dashamir Shehi**, zur Zeit nicht im Parlament vertreten, eine Vereinbarung geschlossen.

Auch von der Oppositionsseite gab es keinen Stimmenverlust aber die Unzufriedenheit einiger Abgeordneten mit der politischen Linie des Parteivorsitzenden **Rama** ist ganz deutlich. Es gab klare, überzeugende Zeichen, dass manche von ihnen sich der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI) anschließen wollten. Dieser Prozess ist aber nach der Veröffentlichung des Videos **Meta-Prifti** eingestellt. Trotzdem bleibt die Debatte innerhalb der PS weiterhin hitzig wegen der Unzufriedenheit mancher Oppositionspolitiker bezüglich der politischen Linie des Oppositionsführers Rama und ihrer Skepsis über eine nicht gut geplante Strategie für die Kommunalwahlen im Mai. Gerade das Wahlergebnis kann für die politische Kontinuität von **Rama** als Parteivorsitzender entscheidend sein. Ein negatives Ergebnis für PS kann zu seinem Rücktritt führen und das als Folge einer mangelnden durchgeführten Strategie der Oppositionspartei (PS), womit sie sich an diesem Wahlkampf beteiligt. Sie scheint nicht gut vorbereitet zu sein, weil ihr Ziel nicht die Kommunalwahlen sind, sondern der Druck auf die Regierung um zu Neuwahlen zu kommen. Es findet aber immer noch der Dialog zwischen den Oppositionsparteien PS (Sozialistische Partei), PSD (Sozialdemokratische Partei), PDS (Partei der sozialen Demokratie), PBDNJ (Menschenrechtspartei) und den Liberalen von **Spartak Ngjela** statt.

Jedenfalls ist zu erwarten, dass die bevorstehenden Kommunalwahlen und ihr Ergebnis neue Entwicklungen bei politischen Parteien und bei ihren Beziehungen zueinander bringen könnten, besonders im Falle der Anfechtung der Wahlergebnisse oder bei möglicher Spannung während des Wahlkampfes.

Die Kommunalwahlen vom 8. Mai rücken näher, jedoch herrscht immer noch ein politisches Klima von tiefem Misstrauen, was auch eine Warnung vor möglichen schweren Vorfällen sein kann. Der Wahlkampf hat noch nicht offiziell begonnen, jedoch sind die ersten gewalttätigen Vorfälle registriert worden. Der PD-Kandidat für eine Gemeinde im Regierungsbezirk von Tirana wurde mit einer Schusswaffe von einem PS-Anhänger verletzt. Einen ähnlichen gewalttätigen Vorfall gab es auch in Lezha. Auch im Zentrum von Tirana wurde der Leiter der Baupolizei im Rathaus Tirana, geleitet vom PS- Vorsitzenden, mit einer Schusswaffe verletzt. Das ereignete sich einen Tag nach seiner Auseinandersetzung mit LSI-Anhängern um das Abhängen von LSI-Fahnen in öffentlichen Orten, wo Parteifahnen nicht erlaubt sind.

Zur Zeit kann man keine Prognose über das politische Klima und die sich daraus ergebenden Spannungen in den kommenden Tagen stellen. Der Versuch, eine Vereinbarung über die Wahlkampfordnung zwischen den Parteien zu treffen, ist gescheitert. Daher sind die Prognosen bezüglich der Wahlergebnisse unter diesen Umständen fast unmöglich.

PS, die die größten Stadtverwaltungen leitet, wird sich dafür einsetzen, diese Ergebnisse zu behalten. Im Allgemeinen sind fast alle PS-Kandidaten dieselben wie bei den letzten Kommunalwahlen.

Der schärfste Wahlkampf für das Bürgermeisteramt bleibt in Tirana und findet zwischen dem aktuellen Bürgermeister **Rama** und dem ehemaligen Innenminister **Lulzim Basha** (PD) statt. Beide sind stark auffällige Kandidaten aber nachdem **Rama** zum vierten Mal für das Bürgermeisteramt in Tirana kandidiert, kann es auch Konsequenzen nach sich ziehen. Auf Grund der Tatsache, dass Rama immer Neuwahlen gefordert hat und den Posten des Ministerpräsidenten besetzen wird, falls die PS die Parlamentswahlen gewinnt, verstärkt die Regierungsmehrheit die Vorwürfe, dass er seine Bürger nicht ernst nimmt und das das Amt des Bürgermeisters von Tirana nur für Korruptionsaffäre fordert.

Mit der Aufstellung der neuen Kandidaten für das Bürgermeisteramt kam es zum Rücktritt von vier Abgeordneten der Regierungsmehrheit, zwei davon erhielten Ministerposten. Der Innenminister **Basha**, der für das Bürgermeisteramt in Tirana kandidiert und der Kulturminister **Ferdinand Xhaferri**, Kandidat für das Bürgermeisteramt in Durres, sind als Minister zurückgetreten. Das fordert natürlich eine Umbildung des Regierungskabinetts, dieser Schritt ist aber noch nicht gemacht. Laut einer Erklärung des Ministerpräsidenten **Berisha** kommt diese Kabinettsumbildung zustande sobald die neuen Kandidaturen für diese Ministerposten bekanntgemacht werden.

Die Regierung hat sich optimistisch über die Lage der albanischen Wirtschaft geäußert, die ihr zufolge, die globale Wirtschaftskrise erfolgreich überstanden hat. Der Ministerpräsident **Berisha** hat erklärt, er werde die Durchführung von anderen öffentlichen, grossen Projekten wie z.B. dem Bau eines Verbindungstunnels zwischen Tirana und Elbasan, fortsetzen. Aber trotzdem wird vom Bankgouverneur Fullani bejaht, dass die Kaufkraft deutlich gesunken ist. Daher sind viele Spezialisten skeptisch über die Angaben von Statistikinstitut INSTAT im Bezug auf die Inflationsrate.

Die Opposition macht nach wie vor Vorwürfe, dass das Land ärmer wird und die Zahlen, die die Regierung angibt, nicht wahr sind.

Sie besteht darauf, die öffentlichen Mittel für benötigte Bereiche zu verwenden und behauptet die öffentlichen Projekte seien von der Regierungsmehrheit, trotz der hohen Kosten, nur zugunsten ihrer Wahlkampagne ausgenutzt.

Die Visa-Liberalisierung für die albanischen Staatsbürger war ein großer Erfolg für Albanien, obwohl die Europäische Union die Erteilung des Kandidatenstatus für Albanien verschoben hat. Eine der Voraussetzungen dafür, wie EU-Erweiterungskommissar **Fülle** erklärt hat, seien die Kommunalwahlen am 8.Mai und deren geordneter, transparenter und glaubwürdiger Verlauf.

Nertila Mosko

Die Autorin ist Projektleiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Tirana, Albanien.

IMPRESSUM

Erstellt: 10.04.2011

Hanns-Seidel-Stiftung_Quartalsbericht_Albanien_I/2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011
Lazarettstr. 33, 80636 München
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich: Christian J. Hegemer,
Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit
Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359
E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de